

BUCHBESPRECHUNG

**Michael Metzeltin & Margit Thir; GEMEINWOHL UND VERFASSUNGSSTAAT-
Eine europäische Ideengeschichte; 260 Seiten; PRAESENS Verlag**

1. Von der Antike bis heute

Rechtsstaatlichkeit und Förderung der Wohlfahrt der Bürger sind heute Wesenselemente aller europäischen Staaten. Michael Metzeltin und Margit Thir ist es in beeindruckender Weise gelungen aufzuzeigen, wie sich diese als Ideen und Institutionen seit der Antike entwickelt haben; welche politischen Entwicklungen ihnen zugrunde liegen.

Michel Metzeltin ist emeritierter Ordentlicher Professor für Linguistik und Didaktik der Romanischen Sprachen an der Universität Wien sowie wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Margit Thir ist Privatdozentin für Romanische Sprachwissenschaft und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Romanistik der Universität Wien.

Am Anfang steht Aristoteles. Er erachtete den Staat als unerlässlich dafür, dass der Mensch Wohlstand erreichen kann. Der Mensch ist eben ein „politisches Wesen“, das sich nur in einer Gemeinschaft entfalten kann. Auch andere erachteten den Rechtsstaat als Grundlage für das Gemeinwohl, so Cicero in „De Republica“; Dante Alighieri oder Francisco de Suarez in seinen Werken. Im nachrömischen Europa entwickelte sich die Idee, dass es die wichtigste Funktion eines Staates ist, das Gemeinwohl zu fördern, nur langsam. Aufstände und Revolutionen gegen Könige und gegen die Privilegiengesellschaft haben dazu geführt, dass die Feudalrechte abgeschafft wurden und sich das Volk als Souverän durchgesetzt hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg werden die Menschenrechte im Rahmen der Vereinten Nationen und den Organisationen wie dem Europarat verankert. Diese Entwicklungen werden sehr anschaulich dargestellt und mit Texten aus den ursprünglichen Quellen belegt. Der Rechtsstaat, so die Autoren, wird dadurch definiert, „dass aufgelistet wird, was die staatlichen Autoritäten im Interesse der Bürger machen sollen bzw. nicht machen dürfen“.

2. Weder Imperialismus noch Hegemonie

Da die Wohlfahrt der Bürger am besten in einem Rechtsstaat verwirklicht werden kann, sprechen sich die Autoren gegen Einmischung von außen, also gegen Imperialismus und gegen Hegemonie aus. Während es einem Imperium ganz offen darum geht, Macht auszuüben, um Erträge zu erzielen, kann eine Hegemon selbst durchaus eine freiheitliche Verfassung haben. Er legt aber die Regeln, auch im Bereich der internationalen Beziehungen, so fest, dass er selbst immer Vorteile erzielt. So hat schon der amerikanische Präsident Woodrow Wilson erklärt, dass es eben das Schicksal der Vereinigten Staaten ist, dafür zu kämpfen, dass der Geist der Demokratie über

die Prinzipien der Autokratie obsiegt. Dieser Optimismus kann sich, so die Autoren, in „maßlose Überheblichkeit“ steigern.

Als Beispiel führen sie die Wolfowitz- Doktrin an, wonach es neben den USA keine Rivalen mehr geben darf. Die in diesem Zusammenhang durchgeführten Bemühungen der USA hinsichtlich eines „Regime-change“ im Iran und im Irak, in Afghanistan, in Syrien in Libyen oder in Lateinamerika sind überall gescheitert, weil die notwendigen Voraussetzungen gefehlt haben. In keinem dieser Länder ist es gelungen, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen. Die amerikanischen Interventionen haben hingegen Zerstörung und Chaos hinterlassen.

3. Welche Zukunft für Europa?

Die Autoren denken in großen geschichtlichen und geographischen Zusammenhängen, wenn sie den oströmischen Geschichtsschreiber Marcellinus Comes als Zeugen dafür anführen, dass Europa zunächst von den Hunnen und den Byzantinern als Großraum wahrgenommen wurde. „In diesem Raum vom Mittelmeer bis zur Nordsee und vom Atlantik bis zum ponto- baltischen Isthmus werden von Attila bis zum Jugoslawien- Konflikt andauernd Kriege geführt, im Inneren wie nach außen“. Dann werden im Detail die verschiedensten Friedensprojekte dargestellt, die es, angefangen mit dem französischen Juristen Pierre Dubois bis ins 17. Jahrhundert gegeben hat. Dabei ist es gelungen, diese Überlegungen, etwa jene vom Herzog von Sully, von William Penn oder von Saint Pierre jeweils in ihrem politischen Zusammenhang darzustellen.

Für die Zukunft stellt sich die Frage, ob eine Europäische Union ein „globaler Player“ sein kann, ohne imperiale oder hegemoniale Bestrebungen zu haben. Vor allem geht es darum, Selbstständigkeit sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber China zu wahren. Es geht also um eine strategische Autonomie der Europäischen Union auf den Gebieten der Wirtschaft, der Industrie, der Technologie oder im militärischen Bereich. Insbesondere stellt sich die Frage, ob das geschichtliche kulturelle Erbe für die Bildung einer „europäischen Identität“ im 21. Jahrhundert reicht. Eine staatliche Sicherheit ohne Identität wird kaum möglich sein. Um diese zu schaffen, und da spricht Michael Metzeltin wohl als Schweizer, ist eine Partizipation der Bürger unerlässlich. Dabei geht es um eine dem Gemeinwohl verpflichtete Politik, die weder einem von den großen Konzernen gesteuerten Neoliberalismus, als auch einer Verwaltung folgt, die alles nach Plan koordiniert.

Insgesamt kann man wohl sagen, dass „Gemeinwohl und Verfassungsstaat“ für alle von Interesse sein kann, die sich sowohl für den Ursprung als auch für mögliche Entwicklungen dieser Ideen in der Zukunft interessieren.